



# Bericht aus dem Ständerat



## Sommersession 2019



Bild: Parlamentsdienste 3003 Bern

### Liebe Leserin, lieber Leser

Wir leben in einer lärmigen Zeit. Trump macht Lärm auf Twitter und gegenüber China. China macht Lärm in Hongkong. Es brodeln auf der arabischen Halbinsel und an der Strasse von Hormus. Und auch Europa ist nicht leiser. Italien, die drittgrösste Volkswirtschaft der EU, ist überschuldet und auf Konfliktkurs mit Brüssel und der Brexit ist noch immer nicht gelöst.

Wo steht der Kanton Zürich in dieser lärmigen und konfliktreichen Zeit? Unser Kanton war und ist sehr erfolgreich unterwegs – ganz ohne Lärm und Getöse. Zürich war bei sämtlichen nationalen Vorlagen in der laufenden Legislatur erfolgreich: Die Frage der Unternehmensbesteuerung konnte endlich gelöst werden und es ist uns gelungen spezifische für Zürich wichtige Anliegen einzubringen. Auch die Annahmen der AHV-Finanzierung war für Zürich wichtig. Man stelle sich bloss vor, was geschähe, wenn die AHV ein Defizit machen würde. Wer müsste bezahlen? Es ist klar, die grösste Volkswirtschaft müsste den grössten Teil des Verlustes ausgleichen. Und der Kanton Zürich stellt nun mal fast einen Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung der Schweiz. Wir haben uns auf einen neuen Finanzausgleich geeinigt, bei dem Zürich weniger einzahlen muss als heute. Auch für Zürich und die Agglomeration wichtige Infrastrukturprojekte wurden beschlossen: etwa der Ausbau der Bahninfrastruktur mit dem Brüttenertunnel und dem Bahnhof Stadelhofen oder die nationalen Strassenprojekte wie die dritte Gubiströhre oder den Ausbau der Nordumfahrung auf sechs Spuren.

Die Zürcher Vertretung im Ständerat ist effizient und einflussreich – unaufgeregt und lärmfrei. Journalisten, Kommentatoren und politische Gegenspieler konfrontieren uns ab und zu mit dem Vorwurf, wir würden allzu harmonisch zusammenarbeiten. Über diese Argumentation zeigen sich unsere Ratskollegen regelmässig überrascht. In ihren Kantonen wird nämlich verlangt, sie müssten enger zusammenarbeiten, um noch mehr für ihren Kanton herauszuholen. In diesem Sinne ist die gute Zusammenarbeit der beiden Zürcher Ständeräte etwas, worauf wir stolz sein dürfen und um das uns manch anderer Kanton beneidet. Im [NZZ Interview](#) vom 17. Juni nehmen Ruedi Noser und ich ausführlich Stellung zu unserer Legislaturbilanz und zu aktuellen politischen Herausforderungen.

Und wenn Sie mich im Wahlkampf unterstützen möchten, würde mich das freuen: [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch).

Ich wünsche Ihnen eine gute Sommerzeit und freue mich auf einen interessanten und erfolgreichen Wahlkampf.



**Kontakt:**

Daniel Jositsch | [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch) | [sekretariat@jositsch.ch](mailto:sekretariat@jositsch.ch) | [www.facebook.com/danieljositsch](http://www.facebook.com/danieljositsch) | Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser | [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch) | [ruedi@noser.com](mailto:ruedi@noser.com) | [www.facebook.com/Ruedi.Noser](http://www.facebook.com/Ruedi.Noser) | Twitter: @RuediNoser

## Struktur der Bundesanwaltschaft überdenken

von Daniel Jositsch



Es ist nicht das erste Mal, dass über die Bundesanwaltschaft und insbesondere über die Person des Bundesanwalts diskutiert wird. Tatsächlich ist es so, dass die oberste Strafverfolgungsbehörde trotz um die Jahrtausendwende geschaffener neuer Struktur konstant in der Kritik steht, und deren Leiter ohne Ausnahme entweder abgewählt oder sonst mehr oder weniger freiwillig aus dem Amt scheidet resp. mussten. Offensichtlich liegt das Problem also nicht bei den Personen, die in der Behörde tätig sind, sondern in deren Struktur. Vor diesem Hintergrund muss man sich die Frage stellen, ob das Konzept und die Struktur der Bundesanwaltschaft grundsätzlich zu überdenken sind. Ich habe daher in der abgelaufenen Sommersession einen entsprechenden [Vorstoss](#) eingereicht.

Das Grundproblem liegt darin, dass die Bundesanwaltschaft im System der Strafverfolgung eigentlich ein Fremdkörper ist. Die Strafverfolgung ist nämlich grundsätzlich in der Kompetenz der Kantone. Eine Bundesanwaltschaft als national tätige Strafverfolgungsbehörde ist somit eigentlich überflüssig. Die Grundidee bei der Schaffung der modernen Struktur der Behörde war es dabei, für kantonsübergreifende und internationale Fälle schwerer Kriminalität ein spezialisiertes nationales Instrument der Strafverfolgung zu schaffen. Ganz offensichtlich vermochte die Bundesanwaltschaft diesem Anspruch aber nicht zu genügen. Es ist jedenfalls aktuell nicht erkennbar, dass sie bei anspruchsvollen Fällen mit überkantonalem oder internationalem Ansatz effizienter als die kantonalen Behörden wären; im Gegenteil. Wenn sich jedoch herausstellt, dass sich mit dem ganzen Apparat der Bundesanwaltschaft keine qualitativ bessere und effizientere Strafverfolgung erreichen lässt, dann muss man sich fragen, ob es diese überhaupt braucht. Es geht mir nicht darum, die Bundesanwaltschaft in Frage zu stellen, sondern vielmehr darum, die systemimmanenten Fehler zu finden, statt immer wieder die gleichen Personalfragen zu diskutieren. Das Ziel des Vorstosses ist es daher, die Situation zu analysieren und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

## Wer vertritt die Arbeitnehmenden?

von Daniel Jositsch

Auf politischer Ebene beanspruchen auf Arbeitnehmerseite die beiden Dachverbände Travail Suisse und Schweizerischer Gewerkschaftsbund die Vertretung der Arbeitnehmenden. Beide nehmen ähnliche und häufig sehr radikale Positionen ein. Jüngstes Beispiel ist die kategorische Verweigerungshaltung im Zusammenhang mit dem institutionellen Abkommen mit der Europäischen Union. Man muss sich daher die Frage stellen, ob angesichts dieser Situation die Vertretung der Arbeitnehmenden nicht breiter zu gestalten ist. Die NZZ hat die Thematik in einem [Artikel](#) vom 14. Mai 2019 aufgegriffen. Es zeigt sich, dass die beiden Dachverbände nur 500'000 Mitglieder umfassen, unabhängige Arbeitnehmerverbände rund 220'000 Mitglieder. Insgesamt gibt es aber über 5 Millionen Erwerbstätige in der Schweiz, fast 80 Prozent davon im Dienstleistungssektor. Die beiden Gewerkschaftsdachverbände repräsentieren also nur 10 Prozent und damit faktisch nur einen kleinen Teil der Arbeitnehmenden und sie sind traditionellerweise stark im industriellen und gewerblichen Sektor und weniger im immer stärker werdenden Dienstleistungssektor vertreten.

### Kontakt:

Daniel Jositsch | [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch) | [sekretariat@jositsch.ch](mailto:sekretariat@jositsch.ch) | [www.facebook.com/danieljositsch](https://www.facebook.com/danieljositsch) | Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser | [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch) | [ruedi@noser.com](mailto:ruedi@noser.com) | [www.facebook.com/Ruedi.Noser](https://www.facebook.com/Ruedi.Noser) | Twitter: @RuediNoser

Als Präsident des Kaufmännischen Verbands erachte ich diese Situation als unbefriedigend für die Vertretung der Arbeitnehmenden in der Schweiz: Radikale Gewerkschaftspositionen dominieren damit die politische Diskussion, während moderate und lösungsorientierte Angestelltenanliegen und -argumente weniger Gehör finden. Ich bin daher der Meinung, dass auch unabhängige Angestelltenverbände, die nicht den beiden Dachverbänden angehören und zum Beispiel in der so genannten *plattform* organisiert sind ([www.kfmv.ch/plattform](http://www.kfmv.ch/plattform)), in die politische Vertretung der Arbeitnehmenden eingebunden werden sollten.

Ich habe daher in der abgelaufenen Sommersession einen [Vorstoss](#) eingereicht, der diese Frage aufwirft.

## **Investitionskontrollen für ausländische Investoren – ein gefährlicher und kurzsichtiger Entscheid**

von *Ruedi Noser*



Lex China – so nennen die Medien die in Form einer Motion eingereichte Forderung, welche in der letzten Sessionswoche für einigen Wirbel sorgte. Der Vorstoss hat zum Ziel, eine staatliche Investitionskontrolle bei Übernahmen von Schweizer Firmen durch Ausländer einzuführen. Dies sei „zum Schutz der Schweizer Wirtschaft“, suggeriert der Titel der Motion. Nun mag es ja tatsächlich sein, dass hinter dieser Motion der Grundsatz *gouverner, c'est prévoir* steht. Ebenso gut könnte der Grund für diesen Vorstoss aber ein weitaus lapidarerer sein: Es stehen Wahlen an.

Warum sollten wir uns als kleine Volkswirtschaft ohne nennenswerte Bodenschätze und natürliche Ressourcen gegen Investitionen in unser Land stellen? Ich denke, die meisten Staaten wären dankbar, wenn Kapital in ihr Land fliessen und investiert würde. In der Schweiz sind in etwa 1'000 Milliarden Franken aus dem Ausland investiert und damit finanzieren diese Investitionen direkt etwa 400'000 Arbeitsplätze in der Schweiz. Demgegenüber haben wir etwa 1'200 Milliarden Franken im Ausland investiert. Wir gehören zu den grössten Auslandsinvestoren der Welt. Als kleines Land steht man vor der Wahl: Positioniert man sich als offene Volkswirtschaft, die im Gegenzug auch von anderen Ländern Offenheit einfordern kann? Oder folgt man einer Sandkastenlogik, die besagt: Wenn du meine Burg zerstörst, zerstöre ich deine?

Die Schweiz zählte bis zu diesem Vorstoss zu den offensten Volkswirtschaften weltweit. Es war unter anderem die Offenheit unserer Wirtschaft, die entscheidend zu unserem Wohlstand beigetragen hat. Kein kleinerer Staat kennt derart weitgehende Investitionskontrollen wie sie die Motion fordert, weder Luxemburg noch Singapur. Warum sollte also die Schweiz hier ausscheren und sich vor ausländischen Investitionen verschliessen?

Nochmals, es handelt sich um Investitionen. Innovative Firmen, beispielsweise aus dem Bereich Biotechnologie, forschen in der Schweiz, entwickeln vielversprechende Produkte und werden anschliessend verkauft. Das ist in der Schweiz möglich und erwünscht. Wenn wir jetzt *à la française* beginnen, diese Investitionen zu verhindern, dann fliesst das Geld an andere Standorte und mit ihm die Forschungsplätze und unser Innovationsvorteil.

Die Befürworter der Investitionskontrollen argumentieren, ausländischen Investoren gehe es primär um die Übernahmen von wertvollem Schweizer Know-How und Technologien. Aber schauen Sie die Unternehmen an, die übernommen worden sind. Haben Firmen wie Syngenta ihre Forschungsplätze von der Schweiz ins Ausland verschoben? Mitnichten. Der „Schutz der Schweizer Wirtschaft“ dürfte also nur ein vorgeschobenes Argument sein. Konkret bedeutet eine Investitionskontrolle, dass künftig der Staat entscheidet, ob eine Firma gekauft werden darf oder nicht. Nach welchen Kriterien soll er entscheiden? Wie soll er „gute“ Käufer von „bösen“ unterscheiden?

### **Kontakt:**

Daniel Jositsch | [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch) | [sekretariat@jositsch.ch](mailto:sekretariat@jositsch.ch) | [www.facebook.com/danieljositsch](https://www.facebook.com/danieljositsch) | Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser | [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch) | [ruedi@nosser.com](mailto:ruedi@nosser.com) | [www.facebook.com/Ruedi.Noser](https://www.facebook.com/Ruedi.Noser) | Twitter: @RuediNoser

Zudem kennen wir in der Schweiz bereits einen sehr hohen Investitionsschutz. Sicherheitspolitisch relevante Unternehmen wie die Swisscom, die SBB oder die Kraftwerke sind schon heute in der Hand des Staates. Wenn sich die Motionäre tatsächlich ernsthaft darum sorgen würden, kritisches Know-How und Technologien wirksam zu schützen, dann müssten sie sich mit Themen wie Cyber-Attacken und dem Aushorchen von Firmen befassen. Es mutet geradezu naiv an, zu glauben, in einer digitalisierten Welt liessen sich Firmengeheimnisse und geistiges Eigentum durch simple Investitionskontrollen schützen. Wir ziehen ringsum eine Mauer hoch, wähen uns in Sicherheit und realisieren nicht, dass wir ohne Dach dastehen – auf den digitalen Themen sind wir meines Erachtens blind. Wenn ein ausländisches Unternehmen lediglich Know-How aus der Schweiz abziehen will, käme es sie wesentlich günstiger, die Schweizer Firma digital auszuhorchen, statt in sie zu investieren.

Anstatt ausländischen Käufern zu misstrauen und Investitionen in den Wirtschaftsstandort Schweiz zu unterbinden, sollten wir uns mit der Frage beschäftigen, welches Know-How tatsächlich erfolgskritisch ist für unser Land. Diese Trümpfe gilt es dann mit wirksamen Mitteln zu schützen, und zwar physisch und digital.

## **E-ID: Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten macht Sinn**

*von Ruedi Noser*

Nach dem Nationalrat sprach sich auch der Ständerat beim elektronischen Pass, der sogenannten E-ID, klar für eine Aufgabenteilung zwischen dem Staat und privaten Unternehmen aus. Der Bund übernimmt die Überprüfung der Identität, während private Unternehmen für die Herausgabe und den Betrieb der Identitätsträger verantwortlich sind. Mit dieser wichtigen Entscheidung hält die Schweiz an einem bewährten Erfolgsmodell fest. Komplexe Probleme werden in der Schweiz seit jeher föderal und in enger Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Trägern gelöst, sei es beim Verkehr, der Kommunikation oder bei Versicherungen, um nur einige Beispiele zu erwähnen. Dieses Erfolgsmodell soll auch bei der digitalen Identität Anwendung finden. Im Rat habe ich ausgeführt, warum es wichtig ist, dass wir gerade jetzt, in Zeiten wo Apple und andere Anbieter eigene Identitätslösungen auf den Markt bringen, eine elektronische Identität schaffen, die nach Schweizer Recht reguliert ist. Mein ganzes Statement hier im [Video](#).



### **Kontakt:**

Daniel Jositsch | [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch) | [sekretariat@jositsch.ch](mailto:sekretariat@jositsch.ch) | [www.facebook.com/danieljositsch](https://www.facebook.com/danieljositsch) | Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser | [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch) | [ruedi@nosser.com](mailto:ruedi@nosser.com) | [www.facebook.com/Ruedi.Noser](https://www.facebook.com/Ruedi.Noser) | Twitter: @RuediNoser

## Ein Blick hinter die Kulissen des Stöckli

Jeder kennt das beliebte Spiel Reise nach Jerusalem, bei dem eine Gruppe von Kindern bei spielender Musik um eine Gruppe Stühle rennt, wobei immer ein Stuhl weniger zur Verfügung steht, als Kinder im Spiel sind. Wenn die Musik stoppt, versucht jedes Kind, einen Stuhl zu ergattern. Dasjenige Kind, das keinen Stuhl bekommt, fällt aus dem Spiel. Beim Blick in den Ständeratssaal stellt sich die Frage, ob dieses Spiel auch hier gespielt wird. Auf der Fensterseite des Saals sieht man in der Mitte die beiden Sitze der 2. und 3. Vizepräsidenten, flankiert von je 3 Stühlen für die Bundesräte. Da es nun aber bekanntlich 7 Bundesräte gibt, wundert man sich, wo das siebte Mitglied des Bundesrats bleibt? Zunächst kann man feststellen, dass das Problem kein weltbewegendes ist, denn normalerweise befindet sich immer nur ein (ausnahmsweise ein zweites) Mitglied des Bundesrats im Saal. Dieses findet bequem, traditionellerweise im linken Stuhl in der rechten Gruppe im Bild, Platz. In den seltenen Fällen, in denen zum Beispiel bei Eröffnung der Amtsperiode der Gesamtbundesrat im Saal ist, so versicherte mir die Generalsekretärin des Ständerats, werde das Büro des Ständerats derart umgesetzt, dass sämtliche Mitglieder der Regierung in der vorderen Reihe Platz fänden. Also doch nicht Reise nach Jerusalem.

Übrigens: die Herkunft dieses seltsamen Namens für das beliebte Kinderspiel ist ungeklärt. Wikipedia nennt zunächst zwei nahe liegende Erklärungsansätze: Entweder sei der Name auf die verlustreichen Kreuzzüge zurückzuführen oder aber auf die Zeit der zionistischen Migration und das begrenzte Platzangebot auf den Auswandererschiffen. Interessant ist ein dritter Ansatz, den Wikipedia nennt: "Eine weitere Erklärungsvariante zum Ursprung des Spiels bietet das Strategikon des Maurikios, ein Militärhandbuch des byzantinischen Kaisers und Feldherrn Maurikios aus dem 6. Jahrhundert: Danach handelt es sich um eine Methode, feindliche Spione in den eigenen Reihen zu identifizieren. Beim Ertönen eines Trompetensignals haben alle Soldaten und zivilen Begleitmannschaften sofort ihren Schlafplatz aufzusuchen. Für die gegnerischen Spione bleiben dann nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie versuchen in einem Zelt unterzukommen oder sie bleiben ausserhalb der Zelte – in beiden Fällen werden sie als Fremde entlarvt."

von *Daniel Jositsch*



### Kontakt:

Daniel Jositsch | [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch) | [sekretariat@jositsch.ch](mailto:sekretariat@jositsch.ch) | [www.facebook.com/danieljositsch](http://www.facebook.com/danieljositsch) | Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser | [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch) | [ruedi@noser.com](mailto:ruedi@noser.com) | [www.facebook.com/Ruedi.Noser](http://www.facebook.com/Ruedi.Noser) | Twitter: @RuediNoser